

Ostholsteinbrief

FRÜHJAHR 2015

NUMMER 39

6. JAHRGANG

WWW.SP-D-OSTHOLSTEIN.DE

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

Foto © Landtag Schleswig-Holstein



der März hat uns politisch stark beschäftigt. Am 3. März fand die Regionalkonferenz „Versprochen. – Gehalten!“ der SPD Landtagsfraktion in Bad Schwartau statt (Seite 8). Es folgte die Dialogveranstaltung zur 380-KV-Leitung in Ostholstein in Scharbeutz von TenneT und dem Energiewendeministerium (Seite 7).

Am 8. März erzielte unser Kandidat bei der Bürgermeisterwahl auf Fehmarn, Jörg Weber, mit 41% im ersten Wahlgang ein Superergebnis. Am 29. März geht es in die Stichwahl. Wir drücken alle die Daumen.

Bettina Hagedorn, Nina Scheer und Sandra Redmann haben am 11. März eine hervorragende Veranstaltung zu TTIP in Stockelsdorf durchgeführt (Seite 7). Am 13. März tagte der Landesparteirat und am 14. und 15. März der Landesparteitag (unten). Wir Ostholsteiner haben alle unserer Anträge und Änderungsanträge durchbekommen und bei den Wahlen haben wir gute Ergebnisse erzielt.

Zum Thema der festen Fehmarnbeltquerung (Seite 5) waren wir auf einer Demonstration in Scharbeutz und einem Fachvortrag im Kreishaus beteiligt. Am 24. März wurde Landrat Sager wiedergewählt und die AG Nord tagte am 25. März.

Besonderer Höhepunkt wird unser ordentlicher Kreisparteitag mit der Bildungsministerin Britta Ernst und den Vor-

standswahlen am 28. März. Dafür suchen wir noch Kandidatinnen, die sich bis kurz vor Beginn des Wahlgangs melden können.

Ihr seht, es ist immer was los bei der SPD. Immer was los in Ostholstein. In dieser Ausgabe macht Jan Jensen mit einem Bericht über die inzwischen als Verein eingetragene Initiative Cultura Curau (Seite 12) den Auftakt für eine Reihe über Initiativen in Ostholstein. In der nächsten Ausgabe soll wieder ein Mitglied aus Ostholstein in der Rubrik Damals und Heute zu Wort kommen. Über Vorschläge zu beiden Rubriken freut sich die Redaktion. ■

Herzliche Grüße
Euer

Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
Landesparteitag	1
Positionspapier zu Pegida	3
Europäisches Jahr für Entwicklung	5
Aufklärungsarbeit in Kopenhagen	5
Ostküstenleitung	7
TTIP, TISA, CETA	7
Regionalkonferenz	8
Juso Landeskonferenz	9
Treffen der Mitgliederbeauftragten	9
Der weiße Fleck in SH	10
Glasfaser auf dem Land	10
Initiativen in Ostholstein	
Cultura Curau e.V.	12
Impressum	12

SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG IN NEUMÜNSTER

Am 14. und 15. März 2015 fand der ordentliche Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein in Neumünster statt. Der ordentliche Landesparteitag findet alle zwei Jahre statt und ist dadurch gekennzeichnet, dass der komplette Vorstand für zwei Jahre neu gewählt wird.

Als einziger Kandidat für den Landesvorsitz hat sich der Amtsinhaber, Ralf Stegner beworben. Mit 81,9% hat Ralf ein besseres Ergebnis erzielt als vor zwei Jahren. Ich hätte ihm persönlich ein besseres Ergebnis gewünscht. Er hat sich insbesondere die beiden letzten Jahre sehr für die Parteiarbeit eingesetzt und viele Impulse gegeben.

Aus ostholsteiner Sicht ist es sehr erfreulich, dass Bettina Hagedorn erneut zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurde. Mit 81,4% der Stimmen hat sie zwar auch nur ein durchschnittliches Ergebnis erzielt. Aber unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Bettina, entgegen der Landespartei, die die feste Fehmarnbeltquerung befürwortet, immer ihre Meinung dagegen geäußert hat, ist das ein respektables Ergebnis. Bettina wurde weiterhin als Delegierte für den Bundesparteitag und den Parteikonvent gewählt.

Nach dem Rückzug von Andreas Breitner aus der Politik, musste ein_e weitere_r neue_r stellvertretende_r Landes-



Der neue geschäftsführende Landesvorstand Christiane Küchenhof, Ralf Stegner und Bettina Hagedorn



Fotos (2) © Beate Müller-Behrens

vorsitzende_r gewählt werden. Der Vorstand hat die Bürgermeisterin von Scheenefeld, Christiane Küchenhof vorgeschlagen. Einen weiteren Personalvorschlag gab es nicht. Christiane ist mit 81,3% gewählt worden.

Der Vorstand komplettiert sich mit dem Schatzmeister Stefan Bolln (93,9%) und den Beisitzer_innen Kristin Alheit (127 Stimmen), Dirk Dietrich (107 Stimmen), Serpil Midyatli (176 Stimmen), Nina Scheer (127 Stimmen), Mathias Stein (187 Stimmen) und Alexander Wagner (149 Stimmen).



Niclas Dürbrook (Scharbeutz) ist in den Parteikonvent und ich selbst als Delegierter für den Bundesparteitag gewählt worden. Regina Poersch wurde als eine von zwei Delegierten für den SPE-Kongress gewählt.



Foto © Lars Winter

Aber auch politisch haben wir uns durchgesetzt. Aus Ostholstein sind drei Anträge eingereicht worden. Zwei von der AsF Ostholstein und einer vom Kreisvorstand. Alle Anträge haben die erforderliche Mehrheit gefunden.

Der erste Antrag der AsF lautet: Pflegekräfte pro Krankenbett festlegen (Überwiesen an BTF). Die SPD S-H setzt sich auf Bundesebene für die notwendige Festlegung von Pflegekräften pro Krankenbett ein. Sie setzt sich dafür ein, dass diese Festlegung mindestens auf dem Personalbemessungsstand von 1995 liegt.

Ostholsteiner Delegierte haben weitere Wahlen für sich entscheiden können. Hermann Greve (Neustadt) ist erneut als Revisor bestätigt und Gisela Teuchert-Benker (Neustadt) ist zur stellvertretenden Vorsitzenden der Landesschiedskommission gewählt worden.

Der zweite Antrag der AsF lautet: Pflegeassistentenausbildung (Annahme und überwiesen an LTF). Die Landtags-

fraktion fordert die Landesregierung auf, eine Verordnung zur Wiedereinführung einer niedrigschwelligen 1jährigen Pflegeassistentenausbildung an den Krankenpflegeschoolen bis Ende 2015 zu erlassen.



Der Antrag des Kreisvorstands lautet: Auswirkung Kindergelderhöhung für ALG II Empfänger_innen (Angenommen). Die Mitglieder der SPD Bundestagsfraktion, die SPD Bundesminister, werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass durch die erforderlichen gesetzlichen Regelungen dafür gesorgt wird, dass bei der nächsten Erhöhung des Kindergeldes



gesetzliche Regelungen getroffen werden, damit diese Erhöhung sich auch bei den Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen nach SGB II (Hartz IV) auswirkt.

Unsere Delegation, personell die viertstärkste auf Landesebene, hat gut und konzentriert gearbeitet und sich stark in die Debatten eingebracht. Es macht immer wieder Spaß mit dieser „Truppe“ den Landesparteitag „zu rocken“.

Lars Winter, MdL Kreisvorsitzender



Fotos (3) © Thomas Gründemann, Landesredakteur der GDP

POSITIONSPAPIER DER SPD OSTHOLSTEIN

ZU DEN ISLAMOPHOBEN* DEMONSTRATIONEN DER JÜNGEREN VERGANGENHEIT

Diskussionsaufschlag: Niclas Dürbrook, einstimmig beschlossen vom Kreisvorstand am 09.02.2015

Die vergangenen Wochen und Monate waren politisch mitgeprägt von der Diskussion über die so genannte PEGIDA-Bewegung (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes). Auch wenn PEGIDA aktuell an Zugkraft massiv verliert und führende Mitglieder der Bewegung den Rücken zukehren, ist es sinnvoll als SPD Ostholstein eine Positionierung gegenüber der größten islamophoben Bewegung der jüngeren Vergangenheit zu finden.

Was ist PEGIDA?

Ende Oktober 2014 begannen in Dresden Demonstrationen von anfänglich wenigen hundert Menschen, die kontinuierlich an Zulauf gewannen. Mitte Januar gingen zuletzt nach Polizeiangaben über 25.000 Menschen unter der Forderung „Gewaltfrei und vereint gegen Glaubens- und Stellvertreterkriege auf deutschem Boden“ auf die Straße. Seitdem kam es aufgrund von Rücktritten im Kreis der Organisator_innen und weiteren Kontroversen



Foto © Hellmann, Bad Schwartau

zu mehreren Absagen von Veranstaltungen. Mittlerweile liegen verschiedene Studien zur Zusammensetzung der PEGIDA-Teilnehmer_innen vor. Diese Studien kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Demonstrant_innen aufgrund von Einkommen, Bildung und Beruf tatsächlich aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft kommen. Eine generelle Unzufriedenheit mit „der Politik“ trifft bei vielen von ihnen zusammen mit einer irrationalen Angst vor Überfremdung. Die tatsächliche Aussagekraft sämtlicher Studien muss dabei aufgrund von geringen Rücklaufquoten in Frage gestellt werden.

Insbesondere die AfD suchte politisch den Schulterschluss zur PEGIDA und lud die Organisator_innen zu einem Austausch in die sächsische Landtagsfraktion ein. Auch aus CDU und CSU kamen Forderungen, „die Ängste der besorgten Menschen ernst zu nehmen“ und mit PEGIDA in einen Dialog zu treten. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel traf im Januar im Rahmen einer Veranstaltung der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung unter anderem auch mit PEGIDA-Anhänger_innen zu einem Dialog zusammen.

Neben Dresden kam es in zahlreichen weiteren Städten zur Gründung von PEGIDA-Ablegern. Vor allem in Leipzig (LE-GIDA) konnten dabei größere Teilnehmerzahlen erreicht werden. In Westdeutschland blieben die Demonstrationen jeweils auf maximal ein paar hundert Menschen beschränkt, an vielen Orten gelang es noch nicht einmal eine dreistellige Zahl an Teilnehmer_innen zu mobilisieren. In Schleswig-Holstein beschränkt sich die Organisationskraft momentan auf verschiedene Facebookseiten.

Bundesweit kam es insbesondere im Januar 2015 zu erfreulich vielen Gegendemonstrationen für eine bunte und offene Gesellschaft. Demonstrationen mit jeweils mehreren

tausend Teilnehmer_innen in Lübeck und Kiel wurden u.a. auch von den Jusos Ostholstein unterstützt.

Was will PEGIDA?

Die verschiedenen Forderungen auf den Demonstrationen sind vielfältig und teilweise diffus. Neben islamophoben und fremdenfeindlichen Forderungen findet sich auch lautstarke Kritik an „der Politik“ im Allgemeinen. Auch obskure Forderungen von Verschwörungstheoretikern oder Überbleibsel der selbsternannten pro-russischen „Neuen Friedensbewegung“ haben ihren Platz.

Das Organisationsteam von PEGIDA hat im Dezember ein Positionspapier veröffentlicht, das vermeintlich offene Forderungen („bessere Betreuung von Flüchtlingen“) mit klar rechtspopulistischen Tönen („Null-Toleranz-Politik gegen straffällige Migranten“) vermischt. Zusätzlich finden sich in dem 19 Punkte umfassenden Papier Forderungen nach direkter Demokratie, einer restriktiveren Zuwanderungspolitik und die Ablehnung des Gender-Mainstreamings.

Für die SPD Ostholstein ergeben sich daraus folgende Feststellungen

Durch die geschickte Kombination von akzeptierten Forderungen und Allgemeinplätze mit anti-muslimischen Vorurteilen, der teilweisen Ablehnung einer offenen Gesellschaft und Forderungen nach restriktiver Zuwanderungspolitik sind Pegida und Co. rechtspopulistische Bewegungen. Gleichzeitig bieten sie – insbesondere beim Leipziger Ableger Legida – eine Anschlussfähigkeit für rechtsradikale Kräfte. Politisch sind sie insbesondere für Teile der AfD ein willkommener Partner.

Fremdenfeindlichkeit bleibt immer falsch, auch und erst recht, wenn Tausende dafür auf die Straße gehen. Allein in 2014 gab es nach Angaben der Amadeu-Antonio-Stiftung 28 Brandanschläge und 31 Sachbeschädigungen, die gegen Asylbewerberunterkünfte gerichtet waren. In erster Linie sind es die Sorgen der betroffenen Flüchtlinge, die es für uns ernst zunehmen gilt.

PEGIDA und Co. können nicht widerlegt werden, wenn Teile der Politik aus opportunistischen Gründen versuchen, vermeintlich berechnete Argumente der Demonstrant_innen aufzugreifen und auf die Ängste der Menschen einzugehen. Wer glaubt, durch eine Verschiebung der politischen Diskurse nach rechts, Rechtspopulismus einzudämmen, schafft eine Gesellschaft, die weniger offen und lebenswert ist. Die frühen 1990er-Jahre haben mit Lichtenhagen, Mölln und Hoyerswerda auf erschreckende Art gezeigt, wohin es führt, wenn Fremdenfeinden das Gefühl gegeben wird, ihre Ängste wären berechtigt.

Menschen, die in Deutschland leben, gehören mit ihrer Religion selbstverständlich zu unserem Land. Somit gehört auch der Islam zu Deutschland.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben ihren Platz in der so genannten Mitte der Gesellschaft. Diese Jahr für Jahr von der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Mitte-Studie wiederholte Feststellung wird durch PEGIDA einmal mehr bestätigt. Die Vorstellung einer hufeisenförmigen Gesellschaft, an deren Rändern Links- und Rechtsextremisten stehen und in deren Mitte der Platz der demokratischen und guten Gesellschaft ist – sie ist falsch. Die Anhänger_innen von PEGIDA vertreten nicht nur lautstark die Forderung, „aus der Mitte der Gesellschaft zu kommen“ und „ganz normale Bürger zu sein“, sondern die Mehrzahl von ihnen ist es tatsächlich. Die Forderungen von PEGIDA finden auch daher Gehör, weil Alltagsrassismus in Deutschland alltäglich ist.

Für die SPD Ostholstein ergeben sich daraus folgende konkrete Forderungen

- Wir wollen eine aktive Willkommenskultur für Menschen, die in unser Land kommen. Angst vor dem Fremden kann nur dort entstehen, wo man das Fremde nicht kennt. Wir

begrüßen und unterstützen Initiativen, die sich für Kontakt und Zusammenkommen einsetzen. Wir fordern unsere Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker_innen auf, weiterhin alles dafür zu tun, um das Ankommen in unserer Gesellschaft zu erleichtern.

- Wir wollen eine ehrliche politische Debatte, die Missstände benennt, aber auf populistische Töne verzichtet. Die Diskussion muss von Fakten, nicht von Vorurteilen bestimmt werden.
- Wir wollen eine offene Einwanderungspolitik, deren einziger Maßstab nie die Marktkonformität oder „Verwertbarkeit“ von Menschen sein darf.
- Wir wollen eine humane Asylpolitik, die den Einzelfall im Auge behält und nicht zur Maschinerie wird, mit Hilfe derer nur noch pauschal nach sicheren und unsicheren Herkunftsstaaten sortiert wird.
- Wir treten Vorurteilen und Alltagsrassismus entschieden entgegen, auch in der eigenen Partei. ■

Niclas Dürbrook
stellvertretender Kreisvorsitzender der SPD Ostholstein
und Juso-Landesvorsitzender

* **Islamophob** bezeichnet ursprünglich die Angst vor dem Islam, gemeint ist mit dem Begriff mittlerweile vor allem auch eine ablehnende Grundhaltung gegenüber dem Islam, bis hin zu Islamfeindlichkeit.

** **Gender-Mainstreaming** ist ein Konzept, das die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von verschiedenen Geschlechtern auf allen gesellschaftlichen Ebenen zum Ziel hat.

Foto © Frederike Julie Stelz



EUROPÄISCHES JAHR FÜR ENTWICKLUNG UNSERE WELT, UNSERE WÜRDE, UNSERE ZUKUNFT

Terroranschläge in Kopenhagen und Paris ... Schuldenstreit mit Griechenland ... steigende Flüchtlingszahlen ... Krise in der Ukraine ... Wer sagt, Europa habe 2015 genug mit sich selbst und den Konflikten in seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu tun, hat in den ersten Wochen des Jahres reichlich



Foto © Perrine-Fotografie

Argumente geliefert bekommen. Doch 2015 ist zum europäischen Themenjahr zur Entwicklungspolitik ausgerufen worden und trotz, ja zum Teil sogar wegen der oben genannten Probleme, tun wir gut daran, in diesem Jahr den Kampf gegen Hunger und Armut in den wenig entwickelten Regionen der Welt stärker in den Blick zu nehmen.

2015 ist das Jahr, bis zu dem sich die internationale Gemeinschaft verpflichtet hatte, die im Jahr 2000 vereinbarten Millenniumentwicklungsziele (MDG) umzusetzen. In diesem Jahr wird Bilanz gezogen: Was konnte erreicht werden? Was nicht? Vor allem muss jetzt die internationale Entwicklungszusammenarbeit für die nächsten Jahrzehnte geplant werden. Und es bleiben leider noch reichlich Punkte für die Post-2015-Agenda.

1,3 Milliarden Menschen leben nach wie vor in extremer Einkommensarmut, eine Mehrheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern hat keinen Zugang zu sauberem Wasser, zu ausreichender Nahrung, zu Bildung und medizinischer Versorgung. Und die Entwicklungsländer sind in besonderem Maße vom Klimawandel betroffen.

Dass sich gerade Europa hier mehr engagieren muss, meinen laut einer Eurobarometer-Umfrage zwei Drittel aller EU-Bürger. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage in vielen EU-Staaten denken sie, dass die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern eine der Top-Prioritäten der EU sein sollte. Und das auch im eigenen Interesse. 69 Prozent der Be-

fragten glauben, dass die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern auch positive Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger der EU hat. Schließlich bedeutet der Kampf gegen Armut, Unterdrückung, Gewalt und Umweltkatastrophen auch außerhalb des eigenen Kontinents gleichzeitig ein wirkungsvolles Vorgehen gegen Fluchtursachen und eine Strategie zur globalen Gesundheit, auch einen besseren Schutz vor der Verbreitung von Erregern wie beispielsweise dem Ebola-Virus.



2015 Europäisches Jahr für Entwicklung

Zwar ist die Europäische Union bereits jetzt weltweit der mit Abstand größte Geldgeber für Entwicklungshilfe – die 28 EU-Mitgliedsstaaten haben im Jahr 2013 die Entwicklungsländer mit 56,2 Milliarden Euro unterstützt. Allerdings kooperieren die einzelnen Mitgliedstaaten und Politikressorts noch nicht genug, um diese Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Für eine erfolgreiche Politik wäre es vor allem nötig, nicht nur die Entwicklungspolitik selbst, sondern auch alle anderen Politikbereiche an den Entwicklungszielen auszurichten oder zumindest darauf zu achten, dass hier nichts beschlossen wird, das diesen Zielen zuwiderläuft.

Eine besondere Bedeutung fällt deshalb beispielsweise der Handelspolitik, der gemeinsamen Agrarpolitik und der EU-Fischereipolitik zu. Wir Europäer dürfen den Menschen in den Entwicklungsländern weder die Gewässer leerfischen, noch die heimischen Landwirte durch subventionierte EU-Lebensmittel vom Markt drängen. Hilfe zur Selbsthilfe muss für uns auch bedeuten, dass die Länder des Südens einen gerechten Zugang zu unseren Märkten bekommen, um ihre Produkte abzusetzen. ■

Ulrike Rodust, MdB

unsere Welt
unsere Würde
unsere Zukunft

FEHMARNBELTQUERUNG AUFKLÄRUNGSARBEIT IN KOPENHAGEN!

Am 12. März bin ich auf Einladung und als Special Guest des NABU mit dem in Ostholstein bekannten Vertreter Malte Siegert nach Kopenhagen gereist, um im Gespräch mit den dänischen Medien über die schwerwiegenden Bedenken zur Festen Beltquerung auf deutscher Seite und über die Diskussion um den Art. 22 aufzuklären. Auch die dänische Öffentlichkeit muss erfahren, wie groß – und vor allem wie berechtigt – der Widerstand nicht nur in der Region Ostholstein gegen die Feste Fehmarnbeltquerung ist. Die Kosten explodieren in beiden Ländern, während die Verkehrsprognosen stagnieren und auf fehlerhafter Grundlage kalkuliert wurden. Die Zeitpläne sind mit 2024 zwar schon korrigiert, aber immer noch geschönt, weil z.B. Zeitpuffer für Klageverfah-

ren nicht berücksichtigt sind, obwohl der Rechtsweg ganz sicher beschritten wird. Beide Verkehrsminister – sowohl Dobrindt (CSU) wie sein dänischer Amtskollege Heunicke – haben bei ihrem Treffen im Februar in Berlin getreu der bisherigen Salamitaktik im Ergebnis nur Durchhalteparolen geboten.

Anlass für die Einladung des NABU war, dass Verkehrsminister Heunicke jetzt am 18. März das Baugesetz im dänischen Folketing zur 1. Lesung vorgelegt hat und Femern A/S bereits angekündigt, dass das Parlament nach ihrem Wunsch noch vor der Sommerpause mit der 2./3. Lesung im Folketing abschließende Fakten schaffen soll. Dieser Wunsch könnte allerdings noch durch die für dieses Jahr bis spätestens Sep-

tember stattfindenden Neuwahlen durchkreuzt werden, weil Insider eine Wahl schon im Frühsommer für wahrscheinlicher halten. Und dann gilt in Dänemark wie in Deutschland: nicht abgeschlossene Gesetzesvorhaben müssen in der neuen Wahlperiode ganz neu aufgesetzt werden.

Die Resonanz auf unsere Pressekonferenz war entsprechend groß: 15 Journalisten von allen großen dänischen Medien waren zum mehrstündigen Gespräch sowie detaillierten Interviews mit Malte Siegert und mir gekommen. Führende dänische Medien wie Politiken, Børsen, Berlingske Tidende, Jyllands-Posten, Ingeniøren und Flensborg Avis führten persönliche Interviews und berichteten breit über die deutschen Bedenken (eine Auswahl dänischer Artikel findet Ihr auf meiner Homepage www.bettina-hagedorn.de in deutscher Übersetzung). Auch ein Kamerateam des NDR-Magazins Panorama 3 begleitete unsere Reise nach Kopenhagen und berichtete am 17. März abends im NDR zur FBQ (Beitrag in der Mediathek des NDR anklicken!). Im Auftrag des NABU hatte die Beraterfirma EHRENBURG Kommunikation das Pressemeeting organisiert, die u.a. auch für Scandlines tätig ist, was Femern A/S und Heunicke im Nachgang in Dänemark medienwirksam skandalisierten.

Das enorme Interesse der dänischen Medien an unserem Gesprächsangebot zeigt: Auch in Dänemark wird man langsam aufmerksamer und nachdenklicher, oder wie es der Flensborg Avis schreibt: „Die breite politische Mehrheit im Folketing für die Querung bröseln.“ Parallel zu dieser Presseoffensive in Kopenhagen habe ich, ebenso wie mein Bundestagskollege Martin Burkert als Verkehrsausschussvorsitzender, Abgeordnetenkollegen im Folketing zwecks Gesprächsangeboten angeschrieben, denn jetzt haben die Parlamente das Wort. Mein Besuch in Kopenhagen hat bestätigt, dass auch in Dänemark realisiert wird, dass in Ostholstein tausende Menschen gegen das Projekt sind und dass der Artikel 22 des Vertrages – sogar unabhängig davon, ob man für oder gegen das Projekt ist – die Vertragsparteien verpflichtet, den Vertrag zu korrigieren, weil sich seit 2008 die Grundvoraussetzungen elementar geändert haben. Das

ist eindeutig und in jeder Einzelheit der Fall: Statt 2018 steht ein neues, gemeinsam vereinbartes und realistisches Eröffnungsdatum (2028?) nicht fest. Die Dänen bauen statt einer Brücke einen Tunnel, die Deutschen bauen statt der eingleisigen Elektrifizierung der Bestandstrasse jetzt zweigleisig und auf 55 km komplett neu sowie vermutlich mit einer Höchstgeschwindigkeit für die Bahn von 200 anstatt nur 160 km/h. Mit der Størstroms- und der Fehmarnsundbrücke sollen gleich zwei Brücken für zusammen über eine Mrd. Euro wegen des Schienengüterschwerverkehrs erneuert werden. All das ist eine 180-Grad-Wende gegenüber 2008 mit milliardenschweren Kostensteigerungen auf beiden Seiten des Belts. Ich hoffe, dass die dänischen Kollegen im Folketing sich angesichts dieser Tatsachen von Femern A/S zu keinem parlamentarischen Hau-Ruck-Verfahren drängen lassen und unsere Gesprächsangebote annehmen. Die Politik sollte sich auf beiden Seiten des Belts ehrlich machen – der Artikel 22 ist dafür der Schlüssel.

Rechnungsprüfungsausschuss fasst Beschluss zur FBQ!

Am Freitag, dem 27. März um 7.30 Uhr arbeitet der Rechnungsprüfungsausschuss unter meiner Leitung eine Tagesordnung mit 23 Punkten ab – Tagesordnungspunkt 13 heißt: „Bericht über die feste Verbindung über den Fehmarnbelt mit Hinterlandanbindung“. Der Januar-Bericht des Bundesverkehrsministeriums zu den Zeitverschiebungen und Kostensteigerungen wird aktuell auf Grundlage einer erneut sehr kritischen Stellungnahme des Bundesrechnungshofs diskutiert und beraten. Vermutlich erneut einstimmig wird der Rechnungsprüfungsausschuss das Verkehrsministerium auffordern, rechtlich zu prüfen, ob der Staatsvertrag neu zu verhandeln ist. Das zeigt ganz deutlich, dass die Stimmung in Berlin heute erheblich kritischer ist als bei Zustimmung zum Staatsvertrag im Jahr 2009 – die Forderung nach Gesprächen auf der Grundlage von Art. 22, Absatz 2, Satz 2 hat damit endlich auch Rückenwind aus Berlin! ■

Bettina Hagedorn, MdB



OSTKÜSTENLEITUNG

EINGRIFF IN DIE LANDSCHAFT OSTHOLSTEINS

Ostholstein ist ein energieproduzierender Kreis. Mit unseren vielen Windrädern, den Solar- und den Biogasanlagen wird viel Strom produziert. Wenn wir die Problematik mit den Drehfunkfeuern in den Griff bekommen, wird die produzierte Strommenge erheblich zunehmen. Die Konsequenz ist, dass der Strom auch abgeleitet werden muss. Dorthin, wo er gebraucht wird. In die Regionen mit industrieller Wirtschaft. Dafür werden Stromleitungen gebraucht, auch die Ostküstenleitung. Es stellt sich allerdings die Frage, wie der Strom in den Süden geleitet wird.

Die Bundesnetzagentur schreibt in den Netzentwicklungsplänen vor, welche Leitungen in welchen Korridoren benötigt werden. Die Firma Tennet muss die Leitungen ab 380-KV dann planen, bauen und betreiben.

Der derzeitige Stand des Netzentwicklungsplanes schreibt vor, dass eine Hochspannungsleitung als Freilandleitung gebaut werden muss. Die SPD Ostholstein hat sich in einer Ortsvereinskonferenz dafür ausgesprochen, dass die Bundesnetzagentur auch ein Seekabel mit in die Prüfung aufnimmt, da die Raumwiderstände in Ostholstein für ein Überlandkabel viel zu hoch sind. Bettina Hagedorn ist bereits mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Gespräch darüber.

Am 4. März fand die erste Dialogveranstaltung zur 380-KV-Leitung in Scharbeutz statt. Ausrichter waren Tennet und das Energiewendeministerium. Hier wurde unter anderem vorgetragen, dass Minister Habeck sich dafür einsetzen will, dass Ostholstein als weitere Modellregion für ein Erdka-

bel mit aufgenommen wird. Es gibt seit 2008 bereits drei Modellregionen für Erdkabel, die im Wesentlichen in Niedersachsen liegen. Allerdings ist noch keines der Kabel verlegt und somit gibt es noch keine Evaluation. Das von uns favorisierte Seekabel wurde nicht mit Euphorie aufgenommen. Hintergrund ist, dass ein Seekabel, genauso wie das Erdkabel, wesentlich teurer ist als eine Hochspannungsleitung. Und nach der derzeitigen Gesetzgebung sind die Kosten für den Leitungsbau auf die Endverbraucher umzulegen. Und aus diesem Grund darf Tennet grundsätzlich nur das bauen, was am wirtschaftlichsten ist. Das heißt nicht, dass es das Günstigste sein muss.

Fakt ist, dass der produzierte Strom abgeleitet werden muss. Geklärt ist noch nicht, in welchen Leitungen – 380-KV, 220-KV, Erdkabel, Seekabel oder Überlandleitung – der Strom fließen wird. Im April und im Mai finden weitere Veranstaltungen zur Ostküstenleitung vor Ort statt. Am 26. März in Bad Schwartau, Krummlandhalle und am 27. April in Scharbeutz, Christian-Klees-Halle, am 28. April in Schashgen, am 4. Mai in Manhagen, am 5. Mai in Oldenburg. Der Bilanzdialog wird voraussichtlich am 13. Juli stattfinden.

Nehmt an diesen Veranstaltungen teil und tragt eure Bedenken vor. Nur wenn wir mit starken Mehrheiten auf die Widerstände hinweisen, haben wir Chancen unsere Vorstellungen durchzusetzen. ■

Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

TTIP, TISA, CETA ALS CHANCE ODER RISIKO? DAS IST AUCH UNSER BIER!

Bettina Hagedorn MdB, Nina Scheer MdB und Sandra Redmann MdL informierten und diskutierten am 11. März in Stockelsdorf zu diesem wichtigen und spannenden Thema in einer hervorragend besuchten Veranstaltung mit neugierigen und kritischen SPDlern und Nicht-SPDlern zum aktuellen Stand der Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen, die global, national und regional von immenser Bedeutung sind. Erstmals sollen nicht einfach Zölle und übliche Handelschranken abgeschafft werden, sondern Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutzstandards, Datenschutz etc.

Ich hatte als Mitglied der ASF und des Ortsvereins Süsel der SPD angesichts der etwas ungewöhnlichen Uhrzeit um 17 Uhr das Glück, den engagierten und differenzierten Ausführungen der Gastgeberinnen zu folgen und die anschließende Diskussion zu erleben. Hier zeigte sich, dass ein scheinbar abstraktes Thema wie ein Freihandelsabkommen bei uns, den Bürgern, angekommen ist.

Woran liegt das?

Nina Scheer, die mit Bettina Hagedorn in Berlin am bundespolitischen Puls sitzt, führte als Juristin in klarer Darstellung die wesentlichen und ganz neuen Herausforderungen der

jetzt geplanten Freihandelsabkommen zwischen Kanada, USA und EU aus.

Die hochbrisanten Klauseln Investitionsschutz (für Investoren) und die Einführung einer sogenannten Schiedsgerichtsbarkeit (Sondergerichte für Investoren, die sich außerhalb nationaler Rechtssysteme bewegen), sollen wesentliche Elemente der neuen Abkommen sein. Diese Klauseln hebeln Rechtssysteme und demokratisch legitimierte Strukturen zugunsten unüberschaubarer Investoreninteressen aus.

Investoreninteressen zielen auf die großen transatlantischen Märkte ab, aber mit dem Finanz- und Dienstleistungsabkommen TISA auch auf Märkte wie das Gesundheits- und Bildungswesen, die Wasserversorgung und viele weitere Bereiche der Daseinsvorsorge. Sandra Redmann machte an diesem Punkt ganz deutlich, dass das TISA-Abkommen dramatische Auswirkungen für alle Gemeinden und Städte haben wird, und damit für uns alle von großer Bedeutung ist.

Aufgrund der bisher bekannten Vertragsentwürfe, durchsickernden Informationen und damit klar werdenden Fakten positionierten sich die drei Fachfrauen klar:

Verträge in dieser Form sollen nicht unterschrieben werden und müssen in jedem Fall mit ganz anderer Transparenz

der öffentlichen Diskussion zur Verfügung gestellt werden, um dann alle politischen Ebenen an der Vertragsgestaltung zu beteiligen, sodass der Vertrag am Ende eben nicht dazu führt, dass wir wichtige Grundprinzipien unserer rechtsstaatlichen Ordnung einfach zugunsten von Konzerninteressen über Bord werfen.

Hierzu gab es von den Referentinnen den wichtigen Hinweis, dass das CETA-Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU, das die Blaupause für die weiteren Abkommen TTIP und TISA ist, ausverhandelt und unterschriftsfähig ist; dies alles, obwohl das umfangreiche Abkommen ebenfalls weitgehend geheim verhandelt wurde und erst seit Kurzem für die PolitikerInnen zugänglich ist und ausschließlich in Englisch vorliegt; es gibt bis heute keine offiziell legiti-

mierte Übersetzung, was deswegen so problematisch ist, weil es in diesen Texten sehr wohl darauf ankommt, wie einzelne Wörter oder Formulierungen gemeint sind.

Geheimnis über Geheimnis

Sehr wichtig erschien mir der Hinweis darauf, wer mit wem verhandelt. Die EU-Kommission (Cecilia Malmström) verhandelt durch ein teilweise geheimes Mandat in geheimen Verhandlungen an geheimen Orten mit dem US-Handelsministerium und Industrievertretern. Andere EU-Kommissare, EU-ParlamentarierInnen und nationale ParlamentarierInnen sind ausgeschlossen. Es gab auf großen Druck innerhalb der EU vor Kurzem das Zugeständnis, einige Verhandlungsinformationen der EU zu veröffentlichen, die amerikanische Seite lehnt das für sich bisher vollständig ab.

Fazit

- Eine ganz wichtige Veranstaltung mit hochkompetenten und engagierten Politikerinnen und vielen interessierten Teilnehmern
- Man darf nicht alles dem Markt zum Fraße vorwerfen
- Es ist auch unser Bier, die Abkommen zu verstehen und ggf. zu verhindern
- Unterstützt unsere engagierten und kritischen politischen Vertreterinnen nach Kräften in dieser wichtigen Sache. ■

Nadia Götz
SPD Süsel



Foto © Kirstin Winter

SPD LANDTAGSFRAKTION

REGIONALKONFERENZ IN BAD SCHWARTAU



Die Landtagsfraktion lädt ein und alle kommen hin, nun ja, fast alle. Auf jeden Fall war die Mensa der Elisabeth-Selbert Schule in Bad Schwartau gut gefüllt, denn fast 100 Menschen kamen, um sich über die Arbeit der Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion zu informieren. Nachdem die ersten zweieinhalb Jahre der Amtszeit um sind, wurden jetzt die BürgerInnen über die Arbeit informiert.

Unsere Landtagsabgeordnete Sandra Redmann begrüßte die Anwesenden, bevor sie an ihren Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner übergab, der ausführlich über die Erfolge der Landesregierung monologisierte. Nur ein Thema ließ er bewusst aus, die Bildung. Dafür war die neue Bildungsministerin Britta Ernst zu Gast, die ebenfalls lange redete. Kaum überraschend drehten sich auch die meisten Fragen in der anschließenden Fragerunde nur um die Bildung. Ob vernünftige Bezahlung von LehrerInnen, der Ausbau der Gemein-

schaftsschulen oder auch die vernünftige Ausstattung der Schulen und Hochschulen im Land, auf alles konnte Britta Ernst kompetent und spontan antworten.

Danach ging es dann in die Gruppenarbeitsphase, die im sogenannten World-Cafe-Modus stattfand. Hierfür wurden verschiedene Thementische aufgestellt, an denen jeweils eine gewisse Zeit diskutiert werden konnte, bevor ein Signal ertönte und die TeilnehmerInnen an einen anderen Tisch wechseln konnten. Die Thementische waren: Arbeit/Soziales, Bildung/Wissenschaft, Europa, Finanzen, Inneres/Recht, Umwelt sowie Wirtschaft. Die Ergebnisse wurden abschließend von unserem Kreisvorstandsmitglied Susanne Böttcher-Meyners vorgestellt.

Nicht zu vergessen ist die Demonstration der Jungen Union (Jugendorganisation der CDU) vor dem Eingang, bei der diese die Mitglieder der Landesregierung mit Schulnoten bewertet haben. Da die Plakate dabei mit Rechtschreibfehlern übersät waren und sie nicht mal den Namen unseres Ministerpräsidenten richtig schreiben konnten (Merksatz: Torsten immer ohne H(aar)), kann man wohl nur sagen: CDU, setzen sechs! ■

Tim Dürbrook
Mitglied im Kreisvorstand der SPD Ostholstein

Foto © Hellmann, Bad Schwartau

LANDESKONFERENZ DER JUSOS SH

DER NEUE UND DER ALTE VORSTAND

Am Wochenende 28. Februar-1. März fand im Flensburg die Landeskonzferenz der Jusos Schleswig-Holstein statt. Die Landeskonzferenz ist das höchst beschlussfähige Gremium der Jusos, quasi das Gegenstück zum Landesparteitag der SPD.

Aus ostholsteiner Sicht war es ein sehr erfolgreiches Wochenende im hohen Norden. Zum Einen haben wir unsere Beschlusslage zur festen Fehmarnbeltquerung verändern können. Bisher hatten wir die unglückliche Situation, dass wir mit einem „Ja, aber...“ zur FFbQ geantwortet haben. Nicht schön, aber damals stand eine Mehrheit gegen uns. Jetzt haben wir es geschafft, eine Neuverhandlung des Projektes zu fordern, auch mit der Aussicht auf einen kompletten Ausstieg aus diesem unsinnigen Projekt. Der Landesvor-



stand der Jusos wird diese Position jetzt in den nächsten Wochen und Monaten offensiv vertreten.

Apropos Landesvorstand: Dieser wurde an dem Wochenende komplett neu gewählt. Auch hier konnten die ostholsteiner Jusos wieder einen Erfolg verbuchen, denn Niclas

Dürbrook, der auch vier Jahre Vorsitzender in Ostholstein war, wurde in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Die ostholsteiner Jusos freuen sich sehr über diese Wahl und werden Niclas nach Möglichkeit weiterhin bei seiner Aufgabe unterstützen. ■

Tim Dürbrook

Stellvertretender Vorsitzender der Jusos Ostholstein



Die ausgeschiedenen und die neuen Mitglieder des Juso-Landesvorstands, v.l.n.r. Frederike Julie Stelz, Simon Bull, Immo Braune, Delara Burkhard, Frederik Digulla, Niclas Dürbrook, Immo Degner, Katharina Harder, Oke Bahnsen, Leonie Pätzold, Christian Nissen und Lars Schalnat.

Foto © Tim Dürbrook

TREFFEN DER

MITGLIEDERBEAUFTRAGTEN SCHLESWIG-HOLSTEINS

Nachbarschaftskampagne

Der Landesverband bildet sogenannte Campaigner aus, die eigene Projekte entwickeln und diese in Absprache mit den Kreisverbänden durchsetzen. Das größte davon ist die Nachbarschaftskampagne. Hier sollen unter anderen mit einer Stadtkarte in die (Klein-) Städte gegangen werden, um die BürgerInnen zu fragen, was in der Stadt gut läuft und was nicht. Das Projekt läuft aber bis jetzt nicht ideal, weswegen auf dem Landesparteitag nochmal Werbung für das Projekt gemacht wurde.

Ortsvereine stärken

Dies ist ein Konzept, das der Landesvorstand in den letzten Monaten erarbeitet hat. Das Grundproblem ist bekannt: Wir haben immer weniger Mitglieder und damit zusammenhängend auch immer weniger Aktive. Der LaVo stellt sich hier vor, dass sie Seminare zu verschiedenen Themen anbieten, die die OV buchen können. Desweiteren möchte der LaVo

Ansprechpartner und Vermittler sein, wenn es Probleme in einem OV gibt (z.B im Hinblick auf Fusionen). Für den 4.7 ist eine Konferenz mit dem LaVo, allen OV-Vorsitzenden und den Mitgliederbeauftragten geplant, weitere Infos folgen.

Innovationsfonds

Der LaVo bietet seit diesem Jahr einen Innovationsfonds an, ähnlich wie wir es auch für Ortsvereine haben. Hier können gute Projekte mit bis zu 5000 € gesponsert werden. In diesem Jahr hatte sich nur der KV Kiel beworben, der eine Förderung von 2000 € für sein Projekt „politische Schule“ bekommen hat, in dem 25 Mitglieder in acht Modulen weitergebildet werden. Antragschluss für die nächste Förderperiode ist der 31. August. ■

Tim Dürbrook

Mitgliederbeauftragter des KV OH

BREITBAND AUSBAU IN OSTHOLSTEIN

DER WEIßE FLECK IN SCHLESWIG-HOLSTEIN?

Foto © Foto Prien, Eutin/KTF



Ja, in den großen Städten der Bundesrepublik können die User im Internet mit 50 oder 100Mbit/s surfen, Filme schauen und arbeiten. Nein, im Kreis Ostholstein ist dieser für viele selbstverständliche Service der Netzanbieter so gut wie nicht vorhanden. Ja, seit Jahren versucht die Entwicklungsgesellschaft Ostholstein, EGOH, Verbesserungen herbeizuführen. Doch außer Planung, Gutachten und

wendigen Erdarbeiten. Abgespeckter Ausbau nur bis zu bestimmten Knotenstellen wäre möglich und preiswerter, ist allerdings nicht besonders zukunftsfähig.

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist die Auswahl der Organisationsform, die den Ausbau betreiben soll. Ein Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Aufgaben für den Ausbau des Netzes von einem bestehenden Zweckverband wahrgenommen werden könnten. Hier böte sich der Zweckverband Ostholstein (ZVO) an. Vorausgesetzt die Verbandsversammlung des ZVO, die bekanntlich aus Vertretern des Kreises und der angeschlossenen Gemeinden besteht, würde einer Erweiterung der Aufgaben des ZVO mit zwei Drittel-Mehrheit zustimmen, könnte in Bälde mit konkreten Maßnahmen und aktiver Umsetzung des Vorhabens begonnen werden.

Kostenschätzung ist bisher nicht viel erfolgt.

Woran liegt das?

Da ist zum einen die Tatsache, dass die EGOH den Auftrag ihrer Gesellschafter, also auch des Kreises Ostholstein, hat, abzuklopfen

- welche Bandbreiten bis zum Endverbraucher zukünftig gewährleistet sein sollen,
- welcher Zeitanatz für Herstellung bis Inbetriebnahme zugrunde gelegt werden muss,
- welche Organisationsform am besten in der Lage ist, sich um den Breitbandausbau im Kreis zu kümmern.

Die geschätzten Kosten von insgesamt rund 240 Mio. € kreisweit sind nicht unerheblich. Darin sind allerdings die Verlegung der Lichtwellenleiter bis zum Endnutzer enthalten. Mehr als 60% der Investitionskosten entfielen auf die not-

Die ersten Schritte wären dann

- Aufgabenkreis des Zweckverbandes erweitern (Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages)
- Abschluss von jeweils öffentlich-rechtlichen Verträgen des ZVO mit den Gemeinden, für deren Gebiet der Breitbandausbau erfolgen soll.

Die SPD-Kreistagsfraktion favorisiert seit Jahren die nun auch gutachterlich festgestellte Rechtsform der Erweiterung der Aufgaben an den ZVO und erwartet, dass im Interesse einer baldigen Lösung des weißen-Fleck-Problems in Ostholstein die Verbandsversammlung entsprechend abstimmen wird. ■

Peter Baldus

Mitglied der Kreistagsfraktion

GLASFASER FÜRS GANZE LAND?

GLASFASER AUCH AUF DEM LAND!

Foto © Annika Loewe



Was ist eigentlich „Breitband“?

Mit dem Begriff Breitband ist der Zugang zum Internet mit verhältnismäßig hoher Datenübertragungsrate gemeint. Allerdings gibt es keine feste Definition der Datenübertragungsraten.

Es gibt drei verschiedene Breitbandtechnologien

1. Funk, dazu gehören

- HSPA (High Speed Packet Access) und HSPA+ als Weiterentwicklung von UMTS (Universal Mobile Telecommunication System) mit Übertragungsraten von bis zu 42 Mbit/s und
- LTE (Long Term Evolution), ein Mobilfunkstandard der 5. Generation, der ebenfalls auf UMTS basiert und Übertra-

gungsraten von aktuell bis zu 150 Mbit/s bietet, bei uns allerdings nur bis zu 50 Mbit/s.

Funklösungen können durch Ereignisse in der Atmosphäre beeinträchtigt werden und sind sogenannte shared services, das heißt, als geteilte Dienstleistung werden die Übertragungsgeschwindigkeiten geringer, je mehr Nutzer online sind.

2. Kupferleitungen, dazu gehören

- ADSL (asymmetrisches DSL) als Variante der DSL Leitungen mit bis zu 16 Mbit/s
- VDSL (very high speed DSL), auch hier werden für die letzten Meter ins Haus Kupferleitungen benutzt, die Übertragungsgeschwindigkeit kann bis zu 50 Mbit/s betragen und
- VDSL Vectoring, eine verbesserte und schnellere VDSL Variante. Zwei beschränkende Faktoren sind beim Kupferkabel zu berücksichtigen, das Übersprechen und die Leitungsdämpfung. Das Übersprechen entsteht dadurch, dass viele Kabel direkt nebeneinander liegen und sich die Signale der unterschiedlichen Kunden stören können. Und

die Leitungsdämpfung liegt in der Physik der Kupferkabel, je länger diese sind, desto langsamer werden die Signale, die geleitet werden. Beide Faktoren sollen beim VDSL Vectoring deutlich vermindert sein. Hier sind Übertragungsraten bis zu 100 Mbit/s möglich.

3. Glasfaser

Glasfaser bietet prinzipiell sehr hohe Übertragungsraten bis in den Gigabit-Bereich und aufgrund der hohen Bandbreiten stellen Anbieter auch für Privatkunden erschwingliche symmetrische Übertragungsraten, also einen ebenso schnellen Up- wie Download, zur Verfügung.

- FTTB (Fibre to the Building) meint Glasfaser bis ins Gebäude und
- FTTH (Fibre to the Home) meint Glasfaser bis in die Wohnung.

Nur Glasfaser kann die Haushalte mit symmetrischen und ungedämpften Übertragungsraten versorgen. Etwas Schnelleres als Licht und seine berühmte Lichtgeschwindigkeit ist bis heute nicht bekannt.

Wie nutzen wir Glasfaser?

Glasfaser ist eine wartungsfreie, superschnelle Möglichkeit, Daten zu übertragen. Wir werden künftig – gerade im ländlichen Raum, wo erst viele Kilometer gefahren werden müssen, bevor Nahversorgung, Ärzte oder Behörden erreicht werden – einen Teil unserer Infrastruktur aus dem Netz beziehen. Zum Beispiel:

- Mobile Arbeitsplätze - Arbeit unabhängig vom Firmensitz mit allem, was dazugehört: Auftragserfassung, Konferenzschaltung, Video-Konferenzen bis hin zu der Vernetzung ganzer Firmen. Das geht ohne schnelle Datenleitungen nicht.
- Aber auch: der kleine Handwerker, der seine Konstruktionsdaten (CAD) mit teilweise sehr großen Datenmengen schnell übertragen muss oder Landwirte, die zukünftig u.a. noch intensiver online mit Ämtern kommunizieren werden.
- Und: Die Windmüller nutzen Glasfaser zur Steuerung der Mühlen.
- E-Medizin oder E-Health. Keine Zukunftsvision, sondern bereits Wirklichkeit ist die Kommunikation zwischen Patient und Arzt mittels Online-Messungen und elektronischer Patientenakte. Gemessen werden können auch z.B. Puls und Blutdruck oder Langzeit-EKGs, um sie dann online in eine Patientenakte zu übertragen. Die Zusammenfassung aller Patientendaten erfolgt elektronisch, um Doppelbehandlungen und Fehler zu vermeiden.
- Online-Behördengänge und Steuererklärungen (auch E-Government genannt), Einkäufe und Bankgeschäfte werden künftig zunehmend online erledigt
- Bildung, Schularbeiten, Studien- und Lernplattformen und jede Form der Information wird sich weiter ins Netz verlagern.
- „Smart Home“ beinhaltet Sicherheitsdienste rund um das eigene Zuhause, aber auch intelligente Stromnetze, die den unterschiedlichen Tagesanforderungen Rechnung tragen.

Wozu braucht gerade Süsel Glasfaser?

Der Demographiebericht des Kreises OH, der einen Blick in die Zukunft bis 2025 wirft, weist uns als die Gemeinde aus, die innerhalb des Kreises Ostholstein den höchsten Zuzug an über 65-jährigen haben wird. Neben der prozentual wachsenden Gruppe der Generation 65 + , die bereits heute in ihrer Mehrheit das Internet nutzt, sollten wir uns weiter intensiv um den Zuzug junger Familien und um Gewerbeansiedlung kümmern. Das setzt definitiv zukunftsweisendes Glasfasernetz voraus.

Aber auch diejenigen, die ganz oder teilweise von zu Hause aus arbeiten, sind für Süsel von hohem Interesse, da diese Menschen Kaufkraft in unser Dorf bringen und eigentlich nur einen schönen Wohnort suchen und eine schnelle Internetverbindung brauchen. Unsere Gemeinde liegt nur wenige Minuten von den wichtigen Verkehrswegen A1 und B76 nach Lübeck, Hamburg und Kiel entfernt. Wir leben inmitten traumhafter Natur, intakter Dörfer und nur wenige Fahrradminuten vom Ostseestrand entfernt. Eutin bietet als Kreisstadt mit ihrer Verwaltung, der Polizei und dem Bundeswehrstandort zahlreiche Arbeitsplätze.

Und – ich mag mich nicht dauerhaft mit dem Stempel Defizitgemeinde abfinden, die auf Zuweisungen des Landes angewiesen ist, um Straßen bauen und unterhalten zu können. Die jeden Euro umdrehen muss, wenn es um Einrichtung von Ganztagsbetreuung, Sportplatzunterhaltung und Straßenbeleuchtung geht. Die die wichtigen großen Aufgaben wie Brandschutz nicht mehr alleine schultern kann.

Was gibt es an Förderungsmöglichkeiten?

Für unsere Gemeinde habe ich mehrere Veranstaltungen des Breitbandkompetenzzentrums (BKZ SH) Land und jetzt auch des Bundes (BBKZ) besucht. Das Land Schleswig Holstein fördert *ausschliesslich* Glasfaser mit der Begründung, dass nur diese Technologie wirklich zukunftsfähig ist und sie fördert bevorzugt interkommunale Projekte, also Projekte, bei denen mehrere Kommunen zusammenarbeiten und Synergien entstehen. Der Bund fördert mit speziellen Breitbandkrediten und einer Bundesrahmenverordnung, die die Tiefbauarbeiten und die Verlegung von Leerrohren bezuschusst.

Wir sind dran! ■

Swantje Meininghaus
stellvertretende Bürgermeisterin in Süsel



INITIATIVEN IN OSTHOLSTEIN

CULTURA CURAU E.V. – KULTUR AUF'S LAND!

Seit langem geisterte die Idee durch viele Köpfe in der kleinen Ortschaft Curau. Warum suchen sich so viele Menschen im ländlichen Raum Ihre kulturellen Höhepunkte von Lübeck über Kiel bis nach Hamburg? Zahlreiche Ortschaften blühen aus, nicht nur in Bezug auf die Anzahl und Altersstruktur ihrer Bewohnerinnen und Bewohner sondern vor allem mit Blick auf die Entwicklung der dörflichen Gemeinschaft, und in der direkten Folge auch der Attraktivität für potentiell Zuziehende.

Mit zahlreichen, auf unterschiedlichsten kulturellen Ebenen tätigen, kreativen Köpfe und dem gewissen Charme bietet Curau die idealen Voraussetzungen, um dieser gefährlichen Entwicklung entgegen zu wirken. Die Kulturschaffenden vor Ort vernetzen, gemeinsam mit ihnen Veranstaltungen durchführen und auf lange Sicht eine feste Stätte, ein Kulturzentrum in Curau schaffen, das war und ist das Ziel von CULTURA CURAU e.V.

Am 17. März 2014 trafen sich über 30 interessierte Bürger_innen zur Gründungsversammlung des Vereins. Damit wurde das Fundament für die Umsetzung dieser Ideen geschaffen. CULTURA CURAU e.V. ist ein gemeinnützig tätiger, eingetragener Verein. Als feste, planbare Säule finanziert er sich durch jährliche Mitgliedsbeiträge und stellt seine Aktivitäten auf eigene, finanzielle Beine.

Von Beginn an führt der Verein monatlich, die Sommerpause ausgenommen, Veranstaltungen verschiedenster Art und Reichweite durch. Von Konzertveranstaltungen mit über 300 Gästen bis hin zu kleinen und gemütlichen Küchenlesungen mit zehn Gästen richten sich die Kulturevents an jede Altersgruppe.

Zwei besondere Veranstaltungen stehen in naher Zukunft an. Am 24. April veranstaltet der Kulturverein den ersten polnischen Abend in Curau. In stilvoller Atmosphäre wird es le-

Cultura Curau^{e.V.}



ckeres Essen, Trinken, Texte, Musik und weitere Einblicke in die polnische Kultur geben. Das größte CULTURA-Highlight 2015 ist für den 08. Mai datiert. Drei Bands werden bei CULTURA CURAU ROCKT live für ordentliche Stimmung sorgen. Beginn ist um 19 Uhr. Der Eintritt beträgt 5 €.

Die Planungen für das Jahr 2015 sind so gut wie abgeschlossen. Dennoch ist der Verein stetig auf der Suche nach neuen Mitstreiterinnen und Mitstreitern. Neben der Arbeit im Vorstand oder jener als Kulturschaffender bieten sich noch viele andere Möglichkeiten der Mitarbeit und Unterstützung. Natürlich ist dies auch für alle Nicht-Curauer_innen möglich.

Weitere Informationen zu den beiden genannten Veranstaltungen und dem Kulturverein an sich finden sich auf unserer Homepage, www.cultura-curau.org und auf Facebook, <https://www.facebook.com/CulturaCurau>. Kontaktaufnahme per Mail an info@cultura-curau.org oder per Telefon unter 04505 - 570 70 61. ■

Jan Jensen
Vorsitzender CULTURA CURAU e.V.

**IMPRESSUM**

SPD Kreisverband OH
Lübecker Straße 6
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

REDAKTION

V.i.S.d.P. Lars Winter, MdL und Kreisvorsitzender, Korrektur Kirstin Winter, Layout und Schlussredaktion Beate Müller-Behrens

Wir veröffentlichen gerne Artikel und Kommentare, eure Meinung und Leserbriefe, wenn sie sich mit dem Thema der Ausgabe befassen oder auf den Kreis Ostholstein Bezug nehmen. Für den Inhalt sind die Autor_innen verantwortlich, Artikel ohne Namen entsprechen der Meinung der Redaktion, Kürzungen und Korrekturen behalten wir uns vor. ■

Die Redaktion

Mails für die Redaktion bitte an [Lars Winter winter.mdl@aol.de](mailto:winter.mdl@aol.de) und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de